

## Debatten und Diskurse reichen nicht aus!

### Über Bedingungen und Möglichkeiten, pro-europäisch Einfluss zu nehmen

Ein Beitrag zur sechsten EU-Expertenrunde am 23.6.2017 im EuropaPunktBremen

Der dritte Schwerpunkt dieser Veranstaltung zur „Rolle pro-europäischer Bürgerbewegungen bei der Transformation der EU“ ist der politischen Praxis und politischen Handlungsmöglichkeiten gewidmet. Dabei handelt es sich zugleich um die Frage nach dem *Verhältnis zwischen Theorie und Praxis*, diskursiven Aussagen und konkreten Umsetzungsmöglichkeiten, worüber sich in 45 Minuten nur sehr kurz etwas sagen lässt. Deshalb dazu vorweg folgende gewagte These:

Bei so vielen künftigen Veranstaltungen wie möglich, die sich mit einer besseren europäischen Zukunft befassen, sollte die Frage „Wozu machen wir das jetzt – was wollen wir damit erreichen?“ *von vornherein* im Vordergrund stehen, womit umgehend die Umsetzbarkeit theoretischer und programmatischer Aussagen in den Blickpunkt gerückt würden.

Hierzu folgende kurze Begründung: Hinter vielen Äußerungen in Positionspapieren wie auch in diesem verbergen sich appellative Botschaften – „Subtexte“, die u.a. anhand des Gebrauchs von *Modalverben im Konjunktiv* zu erkennen sind, wenn etwa davon die Rede ist, dass etwas getan werden „*müsste*“, herbeigeführt werden „*sollte*“, eigentlich geschehen „*könnte*“ oder nicht passieren „*dürfte*“. Die möglichen Akteure, die damit und häufig auch in einem vereinnahmenden Plural mit „*wir*“ angesprochen werden, bleiben dann häufig unerwähnt – nicht zuletzt die Leser und Zuhörer, an die sich solche appellativen Botschaften richten.

Auch meine beiden vorab verschickten Beiträge zu dieser Veranstaltung sind davon geprägt – vom „man müsste, sollte, könnte doch eigentlich...“ Ganz im diesem Sinne habe ich dazu angeregt, den Aspekt *gezielter politischer Einflussnahmen* genauer in den Blick zu nehmen und alle weiteren akademischen Diskurse danach stärker auszurichten: Zum einen in meinem Plädoyer für eine institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit, von der ich mir erhoffe, dass sich auf diese Weise ein Kurswechsel in Europa unterstützen lässt, und zum anderen in meinem Positionspapier zu ‚Pulse of Europe‘ (PoE), in dem ich den Gedanken äußerte, dass PoE als überparteiliche Initiative die Chance eröffnet habe, aus den „Echoräumen“ kleiner Zirkel oder Expertenkreise herauszukommen und konstruktive Vorschläge zur Lösung der europäischen Krise einer breiteren bürgerlichen Öffentlichkeit vorzustellen.

Mein erster Vorschlag, ein *Büro für deutsch-europäische Angelegenheiten*, verknüpft mit einem *Pressedienst für ein solidarisches Europa*, einzurichten, mag manchen viel zu konstruiert und realitätsfern erscheinen. Damit war ursprünglich die Vorstellung verbunden, die bisherige Praxis offener Briefe und Petitionen weiterzuentwickeln und ihr durch eine

*übergeordnete Instanz* mehr öffentliches Gewicht zu verleihen: durch ein koordiniertes Zusammenwirken von anerkannten Fachleuten, Expertengruppen und engagierten Persönlichkeiten in verschiedenen Politikfeldern. Alles zu schön, um wahr zu sein?

Bevor Sie darüber ein Urteil fällen, bitte ich Sie, sich zunächst mit einem ganz ähnlich lautenden Vorschlag vertraut zu machen, den der renommierte investigative Journalist *Harald Schumann* zur Bekämpfung der Allmacht „superreicher“ Eliten in Europa geäußert hat:

„Wenn die Verteidigung der Demokratie gelingen soll, dann müssen die vielen Organisationen und Gruppen, die dafür streiten, viel enger zusammenarbeiten als bisher, und zwar europaweit. Das Kapital, um mal diesen altmodischen Ausdruck zu gebrauchen, ist auf Europa-Ebene perfekt organisiert und verfügt über unbeschränkte Mittel. Das wird den Verteidigern der Demokratie niemals gelingen, aber dafür können sie ihre Gegner in der Öffentlichkeit, auf der Straße, im Netz und in den Medien bloßstellen – vorausgesetzt, sie ziehen an einem Strang.

Ein erster Schritt könnte sein, mit ganz vielen Organisationen, von Greenpeace bis Human Rights Watch, vom Europäischen Gewerkschaftsbund bis zu Pro Asyl, einen gemeinsamen Recherchepool aufzubauen, wo ein Stab von erfahrenen Rechercheuren alle Fakten zu strategisch wichtigen Themen zusammenträgt und verständlich aufbereitet. Auf dieser Basis könnten dann alle gemeinsam europaweit mobilisieren (...) Ich würde mir wünschen, dass wir hier bei uns ein (...) European Center for Public Integrity gründen, mit dem die extreme Zersplitterung mit all ihren kleingeistigen Organisations-Egoismen überwunden werden könnte. Oder zugespitzt ausgedrückt: Die Zivilgesellschaft braucht endlich europäische Zähne, wenn sie zur Demokratiebewegung wachsen soll. Ein solches gemeinsames Zentrum könnte auch dazu beitragen, die Beißhemmung vieler NGO-Aktivisten zu umgehen, wenn es um das ‚naming and blaming‘ jener Leute geht, die in den Institutionen arbeiten, auf deren finanzielle Unterstützung sie angewiesen sind.“ (Harald Schumann, Die Herrschaft der Superreichen in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2016, S.76 f.)

Dazu wäre zunächst hier und anderswo eine *Bestandsaufnahme* über alle maßgeblichen Akteure – NGO's, Arbeitskreise, Institute und Expertengruppen – und deren zentrale europapolitische *Forderungen* erforderlich, mit denen aus verschiedenen Perspektiven bereits mehr oder weniger explizit auf einen Kurswechsel in Europa hingewirkt wird. Schnell würde man sehen: Das Spektrum bestehender Forderungen umfasst ungemein viele Politikfelder: Es reicht von einer Energie-, Agrar- und Verkehrswende in Europa bis hin zu einer alternativen Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Sozial-, Sicherheits- und Flüchtlingspolitik. Daran aber könnte sich nun eine breit angelegte *Korrespondenz* über die Frage anschließen, wie sich *gemeinsam* das Ziel einer nachhaltigen europäischen Bürger- und Sozialunion weiterverfolgen lässt.

Was der Politikwissenschaftler *Claus Leggewie* in der letzten Wochenendausgabe der TAZ an die Adresse der GRÜNEN gerichtet hat, nämlich sich schleunigst als „die Europa-Partei aufzustellen und Sympathien zurückzuholen“, könnte in einem weiteren Sinne auch für sehr viele NGO's gelten: Sich zusammensetzen und sich selbst ein deutlich vernehmbares Sprachrohr in allen zentralen europapolitischen Angelegenheiten zu verschaffen. Dabei würde folgendes Argument, das Leggewie den GRÜNEN vorhält, ebenso für eine politische Neuorientierung im weit gefächerten Feld außerparlamentarischer Initiativen zutreffen:

„Alle grünen Kernanliegen lassen sich europäisch subsumieren: der Klimawandel, der sich nach dem halben Ausstieg der US-Administration nur mit einer besseren Energiepolitik der EU und durch Allianzen mit Staaten wie Kalifornien, China und Indien retten lässt. Die Verkehrswende, die ein ob seiner Autoverliebtheit rückständiges Land mit dem Realitätsprinzip konfrontiert. Der Kampf gegen Steuervermeidung und für eine Besteuerung des Finanzkapitals. Die Beseitigung des Skandals der Jugendarbeitslosigkeit.“ (Claus Leggewie, Bonjour Freunde, Die Politik ist zurück. Ungehaltene Rede eines Europäers an zaudernde Grüne. TAZ 17./18.2017)

Mein Vorschlag zu einer umfassenden Bestands- und Kontaktaufnahme könnte nun aber auch dabei hilfreich sein, wenn es anknüpfend an mein zweites Plädoyer darum geht, wie sich der Ansatz von PoE in Zukunft ausbauen lässt.

Vorweg aber zur Bremer Initiative folgende Feststellung: Ich finde es anerkennenswert, mit welcher Ausdauer und Hartnäckigkeit *Emanuel Herold* und sein Team Sonntag für Sonntag die Kundgebungen auf dem Marktplatz organisiert und mit viel Fingerspitzengefühl gestaltet haben! Und weil dafür gewiss sehr viel Energie und Geduld erforderlich waren, sollten wir ein gerüttelt Maß an Respekt und Behutsamkeit aufbringen, wenn es darum geht, die Rolle „pro-europäischer Bürgerbewegungen“ bei der Transformation der EU näher zu bestimmen. Alle hierzu geäußerten Ansprüche und Erwartungen sollten sich daran messen lassen, ob sie tragfähig und umsetzbar sind. Dies gilt gleichermaßen für meine nun folgenden Überlegungen, die auch von dem Gedanken beeinflusst sind, dass unsere eigenen Kräfte und Einflussmöglichkeiten schnell auf innere und äußere Grenzen stoßen können.

Konkret hatte ich vorgeschlagen, dass PoE einen engeren Schulterschluss mit anderen europapolitischen Initiativen wie der europäischen Bürgerinitiative, der Kampagnenplattform *WeMove.eu*, der *Europa-Union* und *DiEM25* suchen sollte – genauer gesagt: All diese Initiativen sollten jetzt die Gunst der Stunde nutzen, aufeinander zuzugehen und sich auf ihre *gemeinsamen Anliegen* zu verständigen! Darüber hinaus aber könnte die überparteilich orientierte PoE-Initiative auch den Kontakt zu anderen parteiunabhängigen NGO's suchen und deren VertreterInnen um Redebeiträge oder schriftliche Stellungnahmen zur weiteren Transformation der EU bitten: so etwa den BUND, Robin Wood, Ausgestrahlt, Oxfam, Ärzte ohne Grenzen, Amnesty International, Germanwatch u.v.a.m.

Aus diesem Vorschlag geht bereits eine Antwort zum dritten Schwerpunkt dieser Veranstaltung hervor: *Die Kundgebungen von PoE müssten sich zu Kristallisationspunkten für Forderungen weiterentwickeln, die im Idealfall den Rohstoff für eine robuste Agenda zur Transformation der EU ergeben könnten.* Wer hierzu theoretische Begründungen sucht, findet sie u.a. bei *Michael Hardt* und *Antonio Negri*, die in einer „Multitude“, einer „Bewegung der Vielen“ und ihrer sozialen Kooperation einen Garanten für den Fortbestand der Demokratie sehen (vgl. Simon Poelchau, Jetzt ist die Zeit, Großes zu tun. Ein Gespräch mit Michael Hardt. In: Neues Deutschland 6./7.5.2017).

Dies allerdings ist eine Betrachtungsweise aus der „Vogelperspektive“, mit der sehr hohe, „von oben herab“ geäußerte Erwartungen verbunden sind. Aber man kommt wahrscheinlich nicht umhin, diese Sichtweise einzubringen, wenn es darum geht, eine begründete Antwort zur hier gestellten Frage zu geben. Kurz zusammengefasst könnte sie in etwa lauten: *Nutzt, wo immer möglich, eure Synergien und strebt auf möglichst vielen Ebenen der politischen Arbeit positive „Synergieeffekte“ an!*

Im Übrigen wäre genauer zu klären, wann überhaupt mit Fug und Recht von einer „pro-europäischen Bewegung“ die Rede sein kann. Nach meinem Verständnis tritt eine solche Bewegung erst dann zutage, *wenn sich über einen längeren Zeitraum vor allem in den EU-Kernstaaten immer mehr Bürgerinnen und Bürger für eine humanitär orientierte, demokratisierte sowie sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger gestaltete Union einsetzen und sich hierbei zugleich eine stärkere Kontinuität bei den öffentlichen Willensbildungen und Einflussnahmen bemerkbar macht.*

In diesem Zusammenhang scheint es mir sehr verdienstvoll zu sein, dass die Bremer PoE-Initiative die Diskussion fortan auf die Zukunft der EU ausrichten will und sich dabei auf Themen wie Flüchtlingskrise, Sozialunion, Demokratisierung der EU konzentrieren möchte.

Daran anschließend habe ich in meinem zweiten Plädoyer die künftige Aufgabe von PoE dahingehend umrissen, dass die Bürgerinitiative mittelfristig einen öffentlichen Diskurs anstreben sollte, bei dem es auf höheren Sachverstand, kontroverse Standpunkte und das Urteilsvermögen der Bürgerinnen und Bürger ankommt.

Abgesehen von der enormen Schwierigkeit oder gar *Unmöglichkeit*, dies im Rahmen einstündiger Kundgebungen bewerkstelligen zu können, steht hiermit die Frage im Raum, ob dieser Ansatz der Öffentlichkeitsarbeit bereits auf eine „Bewegung“ hinausläuft – oder ob man die bisherige Mobilisierung durch PoE nicht eher als ein *Movens*, als eine *mögliche Triebfeder* für eine breit angelegte Bewegung ansehen sollte.

Gemessen an meinem Definitionsversuch wären nämlich auf *öffentlichen Plätzen ausgetragene Debatten* nur eine *notwendige, aber noch nicht hinreichende* Bedingung für das Zustandekommen einer pro-europäischen Bewegung: Denn bei diesen stehen zwangsläufig kontroverse Standpunkte bzw. der Austausch von Pro und Contra-Argumenten im

Vordergrund. Dies trifft auch auf *öffentliche Diskurse* zu, die sich jedoch im Sinne von *Jürgen Habermas* von Diskussionen darin unterscheiden, dass man sich trotz vorhandener Differenzen viel stärker darum bemüht, bei zentralen Fragen zu gemeinsam geteilten Einschätzungen und Überzeugungen zu gelangen.

Aber selbst dann, wenn es gelingen sollte, breitenwirksam europapolitische Diskurse durchzuführen, reichen diese als Alleinstellungsmerkmal für das Vorhandensein einer pro-europäischen Bürgerbewegung nicht aus. Hinzukommen müssten als *hinreichende* Bedingungen auch politische *Willensbildungsprozesse* und *Einflussnahmen auf die maßgeblichen Entscheidungsträger und Akteure in der EU*, wobei hier womöglich ein zusätzliches Instrumentarium, wie ich es in meinem ersten Plädoyer umrissen habe, sehr hilfreich sein könnte.

Damit aber schließt sich der Kreis, und ich stelle fest: Insgesamt habe ich in meinen Ausführungen 19 Modalverben im Konjunktiv verwendet, hoffe aber, dass über deren appellativen Charakter hinaus konkrete Akteure und Handlungsoptionen deutlich geworden sind.